

# Volksrechtliche Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 219

Nr. 75 a

Bezugspreis: monatlich 3.00, vierteljährig 8.00, halbjährig 15.00, jährlich 30.00. Einmalige Beiträge nach Vereinbarung.

Halle-Saale

Wagenpreis

Geschäftsstelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61/62. Fernruf Amt Karfunkel Nr. 2801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. Postfach/Postamt 20512.

Dienstag, 30 März 1926

Geschäftsstelle Berlin, Bernauer Str. 50. Fernruf Amt Karfunkel Nr. 6210. Glaene Berliner Schriftleitung. Verlag von Otto Giele, Halle-Saale.

## 200 Millionen Mark für neue Wohnungen

### Reichsdarlehen an die Länder

Berlin, 29. März.

W. Z. A. teilt mit:

Um den so dringend erforderlichen Bau von Kleinwohnungen in betriebliebigem Umfang in Gang zu bringen, hat der Reichstag eine Gesetzesvorlage der Reichsregierung zugestimmt, in der der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, 200 Millionen Reichsmark im Wege des Kredits stiftung zu machen, um die Beschaffung von Baugrundstücken auf die Hypothek für Kleinwohnungen zu fördern. Die Mittel werden vom Reichsfinanzminister als Darlehen den Ländern weitergegeben, die sie im Laufe des Jahres je nach Bedarf durch Vermittlung der Hypothekendarlehenanstalt (HDA) dem Baumarkt zuführen. Die in Vorbereitung befindlichen Durchführungsbestimmungen werden die näheren Bedingungen über die Regelung des Kredits enthalten und insbesondere die Vorzüge treffen müssen, daß solche Bauvorhaben von Kleinwohnungen besonders berücksichtigt werden, bei denen derartige wirtschaftliche Eigenheiten, die nach den Grundrissen einer gemeinsamen Bauweise aufweist sind, mit normierten Bauteilen ausgeführt werden. Auch muß dafür Sorge werden, daß durch die Kreditmaßnahmen des Reiches ungerechtfertigte Preissteigerungen auf dem Baumarkt unbedingt vermieden werden.

### Reichsrat und Finanzrat

Am Mittwoch wird der Reichsrat den vom Reichstag verabschiedeten Entwurf des Reichsfinanzministeriums und die Steuererhöhungen nachprüfen und sich darüber äußern werden, so er der Verabschiedung von 700 Millionen Mark keine Zustimmung erteilt. Die Regierung hatte sich einen Augenblick mit der Reichsregierung, dem Reichstag ein Gutachten für den Monat Mai einzureichen, da die Frist für die Nachprüfung des Entwurfs durch den Reichsrat sehr kurz geworden war. Sie hat den Gedanken fallen lassen, da sich für den Fall, daß der Finanzminister eine genügende Mehrheit gefunden hat, so daß sie mit Sicherheit auch mit der Zustimmung der Länder rechnen zu können glaubt.

Dem Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugung und Abfahrbestimmungen der deutschen Wirtschaft, der aus Mitgliedern des Reichstages, des Reichswirtschaftsrates und anderen Sachverständigen besteht, soll gehören aus dem Reichstag an: von Dewitz und Wiesend (Dnt.), Rauch (D. R. R.), Kommer (Zentr.), Dr. Hummel (Dem.), Rauch (D. R. R.), Dremsig (D. R. R.), Schmidt-Berlin und Hülshoff (S. G.), Stoenen (Komm.).

### Die Teilnahme an der Studienkommission

Berlin, 29. März.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Die Reichsregierung scheint in der Tat auf eine Befragung des Reichstages zu ihrer Entscheidung über die deutsche Teilnahme an der Genfer Kommission für eine Kartellierung der Bergwerke zu wollen. Zwar dürfte der entscheidende Ausschuss noch nicht unmittelbar bevorstehen, da die Beratungen der Studienkommission erst nach genauer Angaben über das Programm zu erwarten. Der Reichstag für Vorkommnisse gegenüber dem Auswärtigen Amt, Legationsrat von Bülow, der in Genf verbleibt, wird in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren, um dem Kabinet Bericht zu erhalten. Zugleich dürfte er über eine Veranschaulichung der Vorkommnisse Mittelungen machen, die in den Unterabteilungen bereits seit längerer Zeit eingehend, von der ober der deutschen Regierung offiziell nach keine Mitteilung gemacht wurde. Die Veranschaulichung wird damit begründet, daß es noch nicht gelungen ist, an Stelle des vorgesehenen Tagungsortes Genf, gegen den Ausländer wegen des schwierigen Besondere des Einflusses, einen geeigneten außereuropäischen Ort zu finden. Die weiteren Gründe werden aber wohl doch darin liegen, daß England den Standpunkt ferngehalten wünscht. Es scheint sicher zu sein, daß auf der Beauftragung bei der vorbereitenden Verhandlungen Kommission ausgerechnet der Demokrat Graf Bernstorff sein Name an der Vertretung in der Reichsregierungskommission genannt wird, bestimmt wird.

### Der Ausbau der Verfassung

Berlin, 29. März.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Was hat im Reichsrat den Antrag gestellt, ein Stadium des Reichstages zu schaffen, das aus fünf Vertretern der Länder gebildet werden soll, die in Berlin bevollmächtigt sind. Das Präsidium des Reichstages wurde bisher vom Reichsinnenminister geführt, aber nicht als Mitglied galt und keine Stimmabgabe hatte. Dies ist natürlich auf die Dauer ein unzulässiger Zustand und schon aus rein geschäftsmäßigen Gründen dürfte der Reichsrat dem Antrag zustimmen. Es ist darüber hinaus von allgemeiner politischer Bedeutung, daß er auf eine Verfassungsreform hinweist, wie sie sich auch in den bestmöglichen Anträgen auf eine Verfassung des Reichstages im Reichstag befindet. Die Frage dürfte die politische Öffentlichkeit in den nächsten Tagen erheblich beschäftigen, da beim Reichsrat die Absicht zu bestehen scheint, den Antrag auf dem Wege einer Verfassungsreform durchzuführen, wogegen sich insbesondere im linken Lager Widerstand bemerkbar macht. Auch die D. R. P., die allerdings in der letzten Sitzung eine dementsprechende politische Erklärung vornimmt, wendet sich heute gegen die Ausdehnung des Reichstages in dieser Frage und glaubt, daß der Reichstag einem Bedürfnis nach Veränderung des Reichstages, wenn sie als sachlich bedingt erkannt würde, unbedingt Rechnung tragen werde.

bedeutung, daß er auf eine Verfassungsreform hinweist, wie sie sich auch in den bestmöglichen Anträgen auf eine Verfassung des Reichstages im Reichstag befindet. Die Frage dürfte die politische Öffentlichkeit in den nächsten Tagen erheblich beschäftigen, da beim Reichsrat die Absicht zu bestehen scheint, den Antrag auf dem Wege einer Verfassungsreform durchzuführen, wogegen sich insbesondere im linken Lager Widerstand bemerkbar macht. Auch die D. R. P., die allerdings in der letzten Sitzung eine dementsprechende politische Erklärung vornimmt, wendet sich heute gegen die Ausdehnung des Reichstages in dieser Frage und glaubt, daß der Reichstag einem Bedürfnis nach Veränderung des Reichstages, wenn sie als sachlich bedingt erkannt würde, unbedingt Rechnung tragen werde.

### Abschluß des Ramek-Besuches

Berlin, 29. März.

Nach einer Besichtigungsfahrt Rameks durch Weiskam am Freitag nachmittag beim Reichsfinanzminister Dr. Stresemann ein Frühstück hat, bei dem wiederum der bürgerliche Kreis der Vertreter des Reiches sowie die österreichischen Vertreter, mit Bundeskanzler Ramek an der Spitze, sich zusammenfanden. Bundeskanzler Ramek empfing heute nachmittag die Vertreter der Presse in der österreichischen Gesandtschaft, wobei er in einem interessanten Vortrag auf Österreichs Außenpolitik und auf die Beziehungen zu Deutschland zu sprechen kam und auf Österreichs Außenpolitik. Es sei gelungen, eine fließende Arbeit von Handelsverträgen, darunter auch einige wichtige Tarifverträge, abzuschließen und mit wichtigen Ausnahmen die Wirtschaft zu regeln zu verlangen. Gerade jetzt habe Österreich auf einem weiteren, wichtigen Abschnitt der handelspolitischen Arbeit und er könne mit Genugtuung feststellen, daß auch bei den Verhandlungen mit Deutschland stets das richtige Verhältnis und das richtige Gefühl gewahrt habe. Der Bundeskanzler erwähnte auch die politische Bedeutung der geistlichen Missionen in der Arbeit. Österreich habe allerdings einen Teil seiner Souveränität durch die Abmachungen mit dem Völkerbund preisgeben müssen, sei aber auch diesen kleineren Neben durch gewissenhafte Erfüllung seiner Verpflichtungen entzogen. Es sei begründet, daß Österreich dem Völkerbund mit dankbaren Empfindungen gegenüberstehe, wie man ja auch in Genf nie einen Schritt daraus machte, daß die österreichische Aktion und ihr Erfolg zur Stärkung der internationalen Geltung des Völkerbundes beigetragen habe. Es sei überflüssig zu betonen, daß Österreichs Außenpolitik friedlich sei. Der Wert der Beziehungen habe es den Erfolg bei Vorkam in Locarno begründet, der Deutschlands wiedererlangte Befreiung zugleich mit einem weichen südtürken Reiches des europäischen Friedens befruchtete. An die Ausführungen des Bundeskanzlers schloß sich ein freundliches Beisammensein in den Räumen der Gesandtschaft.

### Ein amtliches Kommuniqué

Ueber den Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Der Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek hat in Berlin Gelegenheit zu wiederholten Bepfehlungen im Auswärtigen Amt gegeben. Zunächst handelt es sich naturgemäß um die persönliche Abklärung und um eine gegenseitige Orientierung über die Beziehungen Österreichs und Deutschlands zu den verfreundeten Staaten. Dabei wurden sowohl die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage wie auch insbesondere alle diejenigen Fragen behandelt, an denen beide Staaten ein besonderes Interesse haben. Die Bepfehlungen ergaben eine willige Übereinstimmung in der Auffassung der Verhältnisse, wie sie durch Locarno und in Genf geschaffen wurden. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die wirtschaftliche Frage in Anspruch, wobei auf beiden Seiten der Wille zum Ausdruck kam, den wirtschaftlichen Austausch selbst bei der gegenwärtigen schwierigen Lage der gegenständlichen Aufgabe soweit wie möglich Förderung zu tragen. Von besonderer Wichtigkeit war die Verhandlung über einen Zukunftsvertrag zum Handelsvertrags aufzunehmen. Bei dem Charakter der Bepfehlungen kamen keine festgelegten Entscheidungen oder Beschlüsse irgend welcher Art in Frage.

### Um den Zentrumsvorsitz

Berlin, 29. März.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Die Zentrumsparität ist durch das Einziehen Fehrenbachs vor eine neue Führungsaufgabe gestellt worden. Es gibt der Kandidaten viele, und die Wahl wird die Einzelnen zwischen dem linken und dem rechten Flügel einer gewissen Belastung unterwerfen. Außerdem scheint der gegenwärtige stellvertretende Parteivorsitzende von Guérard die größten Aussichten für die Wahl zu besitzen. Weizsäcker gehört dem rechten Flügel an, der ja trotz der deutlichen Unterstützung der Partei durch den Reichstag, aber die Absicht hat, die Partei zu verlassen. Er ist nicht mehr bereit, sich als Parteivorsitzender zu betätigen, sondern hat sich für eine stärkere Rolle im Reichstag ausgesprochen.

sich bei der Kritik am guten Wetter gefreut hat. Neben ihm wird auch der Reichsanwalt Lammer, dessen Name immer wieder bei allen wichtigen Stellenbesetzungen auftaucht, als Kandidat für den Parteivorsitz genannt, doch scheint er gerade in dem industriellen Flügel, dem er selbst angehört, Widerstand zu finden. Als Vertreter und auch der linken fortschrittlichen Strömung hat bei der Aufstellung Krag nicht fehlen, der mit der Vertrauensstellung als Justizminister zwar etwas auf das tote Gewicht gesetzt worden ist, den aber ein gewisser Kreis ganz wieder an eine leitende Stelle bringen möchte, um seinen Einfluß auf die Partei noch zu vergrößern.

### Wie „Fememorde“ entstehen

Berlin, 29. März.

Das Berliner Volkstribunal hatte in letzter Zeit mehrere Nachrichten über Fememorde ausgegeben. Nach genauer Nachprüfung ergab sich aber, daß diese Nachrichten in Wirklichkeit mit Fememorden nichts zu tun hatten. Dieser Fall hat sich nun auch am letzten Sonnabend wieder ereignet.

Der Volkstribunal von Berlin teilt amtlich mit: Ende des Jahres 1922 hätten mehrere Angehörige eines Arbeiterkomitees der Reichsbahn verhaftet, aus dem dort Spezial der Württemberg an zu ziehen. Nach Verhaftung des Volkstribunals wollten sie einer ihnen durch ein sogenanntes „Hilfskommando“ zugesprochenen Strafe entgehen. Sie wurden jedoch damals wieder entlassen. Ihr jetziger Aufenthalt hat sich auf einen von ihnen befanden. Dieser, ein Schullehrer Otto Schulz, war ebenfalls damals von einem Kommando der Landpolizei in der Nähe von Kalken festgenommen und zum Fortgeführt gebracht worden. Seit dieser Zeit fehlte jegliche Spur von ihm. Er hatte inessen bei Einstellung in die sogenannte „Schwarze Reichsbahn“ angegeben, daß er von Beruf Gelehrer sei und in Berlin in der Wittenbergstr. 30 gewohnt habe. Schulz wurde durch die Verhaftung des Volkstribunals angeschlossen, sich zu melden. Da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß Schulz einem Verbrechen am Opfer gefallen ist, so werden in der amtlichen Erklärung sämtliche Verurteilungen, die in der Lage sind, Auskunft über ihn zu geben, dringend erlitten, umgeben den Behörden Mitteilung zu machen.

Die Veröffentlichung dieser Erklärung, die von vertriebenen Württemberg bereits erfolgt, hat den Erfolg gehabt, daß sich der frühere Reichsminister Otto Schulz sofort beim Volkstribunal gemeldet hat. Von einem Fememord kann also auch in diesem Falle keine Rede sein. Es ist beinahe zu wünschen, daß der Volkstribunal von Berlin in Zukunft mit derartigen Erklärungen, wie er sie am Sonnabend erlassen hat, etwas vorsichtiger umgeht.

### Kleine Nachrichten.

Der Reichspräsident ist am Sonnabend nachmittag nach Groß-Schmüden gefahren, um dort, wie angekündigt, seinen Osterurlaub zu betreiben.

Montag vormittag ist in Weissen der preussische Finanzminister Dr. Söllner, Reichsminister für die Finanzen, von dem Reichspräsidenten Dr. Brüning zum Reichspräsidenten ernannt worden. Dr. Söllner-Schiff ist 40. Lebensjahre, seine junge Frau gibt 29 Jahre.

Zur Erkrankung des deutschen Gesandten in Wien, Pfeiffer, erfahren wir, daß der Zustand des Erkrankten auf Befolgung seiner Anträge ist.

Der Reichsrat teilt, wie wir erfahren, voraussichtlich erst am Mittwoch, den 31. März, zu einer Sitzung zusammen, um den Reichsbauhaushaltplan zu erledigen. Dieser Tag ist der letzte verfassungsmäßige Termin, sollte er überschritten werden, so wäre ein Notgesetz erforderlich.

Wie von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, ist die Nachricht, daß der Kronprinz die Willa Gattagola bei den vorzunehmenden Aufstellungen der Willa Gattagola gekauft hätte, falsch. Der Kronprinz habe weder im Ausland einen Besitz, noch die geringe Mittel, geschweige denn die materiellen Mittel, sich irgend einen Besitz zu erwerben.

Die Zollbehörde in Hamburg ist großen Zudrucksverordnungen im Hamburger Freihafen auf die Spur gekommen. Die Untersuchungen sind noch nicht beendet. Die Ergebnisse sind in gewisser Weise im Ausland einen Besitz, noch die geringe Mittel, geschweige denn die materiellen Mittel, sich irgend einen Besitz zu erwerben.

Der König von Belgien ist heute inoffiziell in Paris eingetroffen.

Wie aus Prag gemeldet wird, hat die tschechoslowakische Regierung ein Durchführungsbesetz für politische Exilanten erlassen, was in Wiener Kreisen große Verwirrung hervorgerufen hat, da dadurch die starke Einfuhr tschechischer Exilanten nach Österreich vollkommen unmöglich ist. Die Prager Regierung begründet diese Maßnahme mit der großen Notwendigkeit in Wien.

gut  
diese  
und  
zu  
sch.  
r. 1888.  
llei  
erst  
der  
g.  
und  
so,  
er  
alle.







Wertstündige Anleihen

Table of interest-bearing securities with columns for issuer, amount, and interest rate.

berleitet worden genannt... Die Situation am Weizenmarkt hat sich nicht verändert.

Leipziger Börse... Adas, Lpz. Bsp-Bk, Sächs. Bk, etc.

Berliner Frühfrucht... Die Situation am Weizenmarkt hat sich nicht verändert.

Table of grain prices (Weizen, Roggen, Gerste) with columns for category, price, and date.

Table of Berlin market quotations (Berliner Markttierungen) for various commodities.

Berliner Schluss- und Notizliste... Zum weiteren Verlauf der Börse können sich die Aktien...

Leipzig, 20. März... Leipzig, 20. März, (Freitagsber.)...

Druck und Verlag von: Otto Erdmann... Verantwortlich für Inhalt: Rudolf Erdmann.

Berliner Börse vom 29. März 1926

Main table of stock market prices for various companies and sectors, including columns for company name, price, and change.

Terminhandel - Termin-kurse vom 29. 3. 1926. Table of futures prices.

Table of exchange rates and other financial data, including columns for bank names and rates.

